



Beiträge zur Geschichte der  
Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt  
Heft 9

**„Im vierten Jahrzehnt“**

Historische Kommission  
des SPD-Landesverbandes  
Sachsen-Anhalt (Hrsg.)



## Inhalt

Vorwort.....	2
Kleine Geschichte des SPD-Ortsvereins Genthin seit 1989 – Eine Chronik... 4 Udo Krause .....	
Mein langer Weg zur SPD, meiner neuen politischen Heimat ..... 12 Rufried Mauer .....	
130 Jahre 1. Mai in Wernigerode..... 17 Ralf Mattern .....	
17. März 1890: Wiedergründung des Wernigeröder Arbeitergesangsvereins "Liederbund"..... 23 Ralf Mattern .....	
Hermann Beims - ein Oberbürgermeister zwischen Wilhelminischer Zeit und Weimarer Republik ..... 26 Christian Hausmann .....	
„...denkt auch an mich und laßt Euch alle herzlich grüßen und küssen...“ Vor 75 starb der Sozialdemokrat Emil Lange in nationalsozialistischer Haft ..... 30 Andreas Schmidt .....	
Meine Kindheit und Jugend am „Heißeste Punkt im Kalten Krieg“ ..... 38 Rüdiger Erben.....	

V.i.S.d.P.:  
SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt  
Historische Kommission  
Bürgerstr. 1  
39104 Magdeburg  
[www.spd-sachsen-anhalt.de](http://www.spd-sachsen-anhalt.de)

## **Vorwort**

Im vierten Jahrzehnt

Das neunte Heft der Schriftenreihe, die die Historische Kommission des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt herausgibt, erscheint am Beginn des vierten Jahrzehnts seit der Gründung der SDP im Herbst 1989. Die nach drei Verboten wiedererstandene Sozialdemokratie in unserem Land hat inzwischen ein eigenes Stück Geschichte geschrieben.

Udo Krauses Abriss der Geschichte es Ortsvereins Genthin belegt das. In allen Höhen und Tiefen der vergangenen 30 Jahre hat das Bewusstsein des historischen Auftrags, der sich den Begriffen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausdrückt, das Handeln der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begleitet.

Rufried Maurers Rückblick auf seinen politischen Lebensweg verdeutlicht in eindrücklicher Weise, wie ein solches Bewusstsein unter den Bedingungen der Diktatur neu entstehen konnte. Ralf Mattern hat zwei Beiträge zur Geschichte der Wernigeröder Sozialdemokratie beigesteuert, die einen Blick auf die reiche Welt sozialdemokratischen Partei- und Vereinslebens erlauben, die 1933 brutal zerschlagen wurde. Im April 1919 wurde Hermann Beims Oberbürgermeister von Magdeburg. Ein Sozialdemokrat an der Spitze einer Stadtverwaltung war im Zweiten Kaiserreich undenkbar gewesen. Christian Hausmann erinnert an die Hermann Beims Amtszeit.

Das Schicksal des halleschen SPD-Stadtverordneten Emil Lange ist nur eines von vielen. Die Namen und Geschichten der meisten sozialdemokratischen Opfer des Nationalsozialismus. Seine Briefe aus dem Konzentrationslager

sind bewegende Zeugnisse für das Leid, dass die NS-Diktatur über das Land und die Menschen brachte.

Die Mauer ist inzwischen länger Geschichte als sie Gegenwart war. In den Köpfen ganzer Generationen, ist der Verlauf der innerdeutschen Grenze für immer fest gespeichert. Inzwischen sind Menschen erwachsen geworden, für die die Mauer Vergangenheit ist und das ist gut so. Rüdiger Erben berichtet von seiner Kindheit im Schatten der Wachtürme an der Grenze in Thüringen – dem „Heißesten Punkt im Kalten Krieg“. Als die Mauer fiel, lag die Gründung der SDP in der DDR gerade einen Monat lang zurück. Zwei Monate nach dem 9. November, am 13. Januar 1990, nahmen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der DDR den Namen SPD an. Damals machte sicher keiner der Akteure sich Gedanken darüber, wo die Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt am Beginn des vierten Jahrzehnts nach der Friedlichen Revolution stehen würde. Heute wissen wir: Das Bewusstsein um die eigene Geschichte hilft uns, unseren Kurs in dieses Jahrzehnt zu finden.

Viel Spaß beim Lesen!

Dr. Andreas Schmidt

für die Historische Kommission, die allen Interessierten offen steht.

Halle, im Dezember 2019

## **Kleine Geschichte des SPD-Ortsvereins Genthin seit 1989 – Eine Chronik**

**Udo Krause**

### ***Die Anfänge des Ortsvereins seit der friedlichen Revolution in der DDR***

Der SPD-Ortsverein Genthin (bei der Gründung noch SDP – Sozialdemokratische Partei in der DDR) wurde am 6. November 1989 im Pfarrhaus der katholischen Kirche in Genthin gegründet. Die Gründung erfolgte durch acht Personen: Carola Beuermann (Justiziarin), Bernhard Horn (Bauingenieur), Willi Kraning (katholischer Pfarrer), Detlev Lehmann (EDV-Ingenieur), Roland Schäfer (Arzt), Karin Steffens (Fürsorgerin), Klaus Steffens (evangelischer Pfarrer) und Sabine Vopel (Ärztin). Zur ersten Vorsitzenden wählten die Gründungsmitglieder während der Zusammenkunft Carola Beuermann. Bis zum Februar 1990 zählte der Ortsverein für die Region beachtliche 86 Mitglieder. Am 10. Dezember 1989 veranstaltete der Ortsverein die erste Großkundgebung auf dem Genthiner Marktplatz.

### ***Der SPD-Ortsverein in den 1990er Jahren***

Der Verein existierte immer noch unter dem Kürzel „SDP“, bevor auf der Mitgliederversammlung am 11.01.1990 nach einstimmigem Beschluss die Umbenennung in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) erfolgte. Am 6. Februar 1990 wurde im Rathaus von Datteln ein Freundschaftsvertrag zwischen der Stadt Datteln und den Reformkräften der Stadt Genthin unterzeichnet. Initiatoren des Freundschaftsvertrages waren der Bürgermeister von Datteln, Horst Niggemeier (SPD) und der SPD-Ortsverein Genthin. Der Vertrag bildete die Grundlage zur späteren Städtepartnerschaft zwischen Genthin und Datteln. Am 13. Februar 1990 eröffnete der Kreisverband der SPD ein Bürgerbüro in Genthin in der Großen Schulstraße

32. Geschäftsführerin wurde Monika Horn aus Genthin. Einen Monat später veranstaltete der SPD-Ortsverein einen politischen Frühschoppen im Saal „Volkshaus“ mit prominenter Gästeliste, unter anderem mit Annemarie Renger (SPD, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages) und Horst Niggemeier (Bürgermeister Datteln, MdB).

Die SPD Genthin ging in den Wahlkampf zu den ersten freien Kommunalwahlen in der DDR unter dem Motto: „Unsere Zukunft hat jetzt wieder einen Namen: SPD“. Zur Wahl am 6. Mai 1990 trat die Genthiner SPD dabei mit 25 Kandidatinnen und Kandidaten an. Zum Spitzenkandidaten wurde Bernhard Horn gewählt. Der SPD-Ortsverein warb dabei mit dem Slogan: „Genthin muss einen SPD-Bürgermeister bekommen“. Die SPD gewann die Wahl mit 41 Prozent der abgegebenen Stimmen. Im ersten frei gewählten Stadtrat seit 1933 saßen somit 14 SPD-Abgeordnete (34 Abgeordnete insgesamt im Stadtrat). In der konstituierenden Sitzung des Stadtrates wurde Bernhard Horn mit 29 Ja-Stimmen bei fünf Enthaltungen zum Bürgermeister der Stadt Genthin gewählt. Bei der Wahl zum Kreistag Genthin gewann die CDU nur hauchdünn vor der SPD. Der Kreistag wählte Heinz Baudisch (CDU) zum Landrat und Detlef Lehmann (SPD) zum stellvertretenden Landrat und ersten Beigeordneten.

Im Juli 1990 unterzeichneten Dattelns Bürgermeister Horst Niggemeier und Genthins Bürgermeister Bernhard Horn im Genthiner Rathaus einen bis heute gültigen Städtepartnerschaftsvertrag. Im August 1990 legte Carola Beuermann ihr Amt als Ortsvereinsvorsitzende nieder. Zum neuen Vorsitzenden wurde Detlev Lehmann gewählt. Im September 1991 kam es auf Einladung von Bürgermeister Bernhard Horn zu einem Besuch des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner.

Im November 1991 trat Bernhard Horn als Bürgermeister von Genthin zurück. Im Jahr darauf wurde das SPD-Bürgerbüro in Genthin geschlossen und eine Regionalgeschäftsstelle in Burg eingerichtet. Monika Horn wurde Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle. Im Juni 1994 erhielt der Ortsverein einen weiteren prominenten Besuch. Der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel (MdB) besuchte Genthin. Im selben Jahr, am 12. Juni 1994, wurde der OV-Vorsitzende Detlev Lehmann zum Landrat des Jerichower Landes gewählt. Bei den Kommunalwahlen im Jahre 1994 kandidierten 19 Mitglieder des SPD-Ortsvereins für den Stadtrat Genthin. SPD-Bürgermeisterkandidat war bei dieser Wahl Andreas Schattanik, welcher dem späteren, langjährigen Bürgermeister der Stadt, Wolfgang Bernicke bei der Wahl unterlag.

Am 23. Januar 1997 fand ein Führungswechsel an der Spitze des Ortsvereins statt. Andreas Schattanik wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter wurde Michael Röpke. Am 4. September 1997 erhielt ein Gründungsmitglied des SPD-Ortsvereins Genthins, Pfarrer Willi Kraning, die höchste Würde der Stadt und wurde zum Ehrenbürger von Genthin ernannt. Im für die Sozialdemokratie entscheidenden Jahr 1998 zog mit Helmut Halupka ein Mitglied des Ortsvereins in den Landtag von Sachsen-Anhalt ein. Er gewann das Direktmandat im Wahlkreis 05 (Altkreis Genthin, Tangermünde, Tangerhütte). Im selben Jahr engagierte sich der SPD-Ortsverein auch auf anderer Ebene gesellschaftlich und setzte sich für betroffene Kinder des Reaktorunglücks von Tschernobyl ein. Dabei wurden zahlreiche Spenden gesammelt.

Im Juni 1999 kandidierten bei den Kommunalwahlen zum Genthiner Stadtrat 14 Mitglieder. Die SPD wurde hinter der CDU mit 23,4 Prozent zweitstärkste Partei. In den Stadtrat von Genthin wurden für die SPD Günter Masur, Horst Leiste, Hans-Otto Schulz, Helmut Halupka, Gerhard Koschnitzke, Andreas



Schattanik und Gabriele Schulz gewählt. Im September des Jahres erhielt unser Gründungsmitglied, Pfarrer Willi Kraning, aus den Händen des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner (SPD), das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Die Auszeichnung wurde in Anerkennung seiner herausragenden Leistungen während der friedlichen Revolution und seines anschließenden Engagements im politischen und sozialen Bereich bei der gesellschaftlichen Umgestaltung in der Stadt Genthin verliehen. Noch im selben Jahr, am 6. November 1999, beging der SPD-Ortsverein mit einer Festveranstaltung sein 10 jähriges Bestehen.

### ***Der SPD-Ortsverein vom Jahr 2000 bis heute***

Am 9. Februar 2001 legte Andreas Schattanik sein Amt als OV-Vorsitzender nieder. Helmut Halupka wurde daraufhin zum neuen Vorsitzenden des Ortsvereins gewählt. Im August 2005 besuchte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) Genthin und sprach auf einer Kundgebung auf dem Marktplatz zu den Bürgerinnen und Bürgern. Am 23. November 2005 legte Helmut Halupka sein Amt als Ortsvereinsvorsitzender nieder. Zur neuen Vorsitzenden wurde Anke Koch gewählt. Ihrem Vorstand gehörten weiterhin Helmut Halupka, Helmut Borstel, Roman Half, Gerhard Koschnitzke und Helga Weißfuß an. Zwei Jahre später, am 7. November 2007 wurde Anke Koch als Vorsitzende der SPD-Genthin bestätigt. Anfang 2008 erfolgte die Nominierung von Jürgen Brinkmann zum Bürgermeisterkandidaten. Bei der späteren Wahl unterlag er jedoch dem Amtsinhaber Wolfgang Bernicke. Noch im selben Jahr, am 22. April 2008, legte Anke Koch wegen eines Wohnortwechsels ihr Amt als Ortsvereinsvorsitzende nieder. Bei der Neuwahl des Vorstandes kandidierte Helmut Halupka erneut und wurde wieder zum Vorsitzenden gewählt. Dem neuen Vorstand gehörten an: Jürgen Brinkmann (stellvertretender

Vorsitzender), Helmut Borstel, Helene Wolf, Peter Rensch und Gerhard Koschnitzke.

Am 17. Januar 2012 kam es bei der Wahlversammlung des Ortsvereins zu einer Kampfkandidatur. Um den Vorsitz kandidierten Udo Krause und Helmut Halupka. Helmut Halupka gewann mit einer Stimme Mehrheit die Wahl zum Vorsitzenden. Udo Krause wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Weiterhin wurden in den neuen Vorstand gewählt: Monika Horn, Helmut Borstel, Roman Half und Peter Rensch. Im März 2012 wurde unser Genosse Udo Krause mit dem „Adam-Wolfram-Preis“, der höchsten historischen Auszeichnung des SPD-Landesverbandes geehrt. Die Auszeichnung erhielt er für seine historische Dokumentation des Entstehens der SPD nach dem Mauerfall in den neuen Bundesländern. Der Preis wurde von der SPD-Landesvorsitzenden Katrin Budde überreicht. Bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 schnitt der Ortsverein bei der Wahl zum Stadtrat sehr schlecht ab. Nur zwei Genossen vertraten die SPD fortan im Stadtrat, dies waren Horst Leiste und Helmut Halupka.

Am 24. Januar 2017 kam es zu einem Generationswechsel im Ortsvereinsvorstand. Der 33jährige Udo Krause wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt, nachdem Helmut Halupka sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. Christoph Neubauer gewann die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden in einer Kampfabstimmung gegen das langjährige Vorstandsmitglied Horst Leiste. Krause und Neubauer führen seitdem die Geschicke des Ortsvereins mit ihrem erweiterten Vorstand bis zum heutigen Tag. Der neugewählte Vorstand im Überblick: Udo Krause, Christoph Neubauer, Roman Half, Gerhard Koschnitzke und Dr. Thomas Wieser.

Im Januar 2018 stellte der Ortsverein mit der parteilosen Alexandra Adel (Fachbereichsleiterin und Abwesenheitsvertreterin des Bürgermeisters in der Stadtverwaltung Genthin) nach vielen Jahren wieder einen Kandidaten für die Bürgermeisterwahl und das höchste Amt der Stadt Genthin. Nachdem sie die Wahl gegen sieben Mitbewerber deutlich gewann, scheiterte sie in der Stichwahl am 13. Mai 2018 nur knapp gegen Matthias Günther (parteilos) mit 47,6 Prozent zu 52,4 Prozent. Trotz alledem steht sie dem Ortsverein nach wie vor als Expertin für Verwaltungsfragen mit Rat und Tat zur Seite.

Im Mai 2018 legte aus gesundheitlichen Gründen der langjährige und verdiente Schatzmeister des Ortsvereins, Roman Half, sein Amt nieder. Zu seinem Nachfolger wurde Friedemann Kahl gewählt. Der aktuelle Ortsvereinsvorstand besteht seit seiner Wahl im März 2019 bis heute aus: Udo Krause (Vorsitzender), Christoph Neubauer (Stellvertreter und Schriftführer), Friedemann Kahl (Schatzmeister), Maria Pfannkuchen (Beisitzerin) und Thomas Wieser (Beisitzer).



Foto: privat; Gruppenbild SPD-Ortsverein Genthin zusammen mit unserem befreundeten Ortsverein aus Parey

Im Mai 2019 traten die Genthiner Genossinnen und Genossen zum ersten Mal seit langer Zeit sehr stark bei den Kommunalwahlen auf und erzielten mit 12,2 % das drittbeste Ergebnis innerhalb der Parteienlandschaft der Einheitsgemeinde Stadt Genthin. Somit vertreten derzeit drei Genossen den Ortsverein innerhalb des Stadtrates. Dies sind: Udo Krause, Christoph Neubauer und Horst Leiste. Im Kreistag des Jerichower Landes sind wir mit Maria Pfannkuchen (19 Jahre alt) und ebenfalls Christoph Neubauer (21 Jahre alt) jung vertreten. Im Stadtrat von Jerichow vertritt uns Dr. Thomas Wieser

und auf der Ebene der Ortschaften Monika Lipke im Ortschaftsrat Jerichow und Udo Krause im Ortschaftsrat Tuchem.

Die Chronik wird von den Mitgliedern des Ortsvereins stetig fortgeführt und soll für die Zukunft ein Vermächtnis für nachfolgende Generationen bilden.

## **Mein langer Weg zur SPD, meiner neuen politischen Heimat**

### **Rufried Mauer**

Am 31. Januar 1928 wurde ich in Berlin-Spandau, der Heimat meiner Mutter, geboren. Mein Vater war Ingenieur bei Siemens in Berlin. Er kam aus Hirschroda, einem Bauerndorf nicht weit von Freyburg/Unstrut im heutigen Burgenlandkreis. 1937 zogen wir nach Hirschroda und ich ging in Naumburg auf die Oberschule. Wie auch andere in meinem Alter war ich ein eifriger Hitlerjunge. Der Zusammenbruch 1945 machte mir sehr zu schaffen. Ich war 17 Jahre alt, begriff aber bald, es muss vieles ganz anders werden. Aber wie? In Hirschroda selber und erst recht in meiner Schulstadt Naumburg meinte ich, Voraussetzungen für einen Anfang zu neuem Leben und Denken zu finden. Hirschroda war und ist ein konservatives Dorf und Naumburg eine „sehr religiöse“ Stadt, wie einer meiner Lehrer sagte.

Bei den Wahlen nach 1945 wurde daher in Naumburg die CDU die stärkste Partei und auch in Hirschroda bekam sie die meisten Stimmen. Auch für mich wurde die CDU wichtig. Ich sah in ihr die besten Voraussetzungen für einen Neuanfang, der nur „christlich-konservativ“ sein sollte. Wir sollten zu dem guten Alten zurückfinden und darauf bauen. Zuvor, im Dritten Reich, wurde die Kirche bedrängt und ihr Glaube durch die „Deutschen Christen“ gefälscht. Zudem schien mir die CDU die einzige politische Kraft gegen eine zu befürchtende Bolschewisierung hier im Osten zu sein, wo die SED die SPD geschluckt hatte. Noch als Schüler trat ich in die CDU ein, nahm Kontakt zur CDU in Naumburg auf und organisierte CDU - Veranstaltungen in Hirschroda.

Nach dem Abitur 1948 studierte ich evangelische Theologie an der Kirchlichen Hochschule in Westberlin. Damals gab es in Berlin die Mauer noch nicht, aber Westberlin hatte die Blockade der Sowjets. Die zwei Millionen Westberliner

konnten nur durch die Luftbrücke der Westalliierten versorgt werden. Die politische Lage in Westberlin war spannend, nicht nur dem Osten gegenüber (Sowjets, SED). Auch im Innern gab es große Auseinandersetzungen, meist zwischen SPD und CDU. Doch selbst harte Auseinandersetzungen wurden sachlich und im gegenseitigen Respekt ausgetragen. Das war vor allem ein Verdienst des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin, Ernst Reuter, SPD. Reuter war der Inbegriff der Standhaftigkeit nach außen gegenüber den Sowjets und der SED und für die Demokratie im Innern. Aber auch die CDU hatte profilierte Persönlichkeiten wie Bürgermeister Friedensburg und Kultursenator Tiburtius. Das machte auf mich einen großen Eindruck. Es tat sich hier für mich eine andere Welt auf, als ich sie von Hirschroda und Naumburg her kannte.

So war es auch an der Hochschule. Sie war vor 1945 illegal und konnte nicht öffentlich lehren, weil sie zur Bekennenden Kirche gehörte. In der Bekennenden Kirche waren die evangelischen Christen, die nur der Bibel folgten, dem Alten und dem Neuen Testament. Die Bekennende Kirche sah einzig Christus als den Herrn ihres Glaubens und musste daher auch gegen Judenhass und Judenverfolgung sein.

Ihr gegenüber waren die Deutschen Christen, die das Alte Testament als „Judenbibel“ und Teile des Neuen Testaments als „jüdisch“ verwarfen, und die anstelle von Christus letztlich Hitler als Erlöser sahen. Einige meiner Dozenten waren deswegen im Gefängnis, weil sie offen zur Bekennenden Kirche standen und entsprechend predigten und lehrten, wie z.B. Prof. Martin Albertz. Albertz stand mir auch deshalb nahe, weil er Superintendent in meiner Geburtsstadt Spandau war. Er sprach viel über seinen Bruder Heinrich, der in Hannover Pfarrer und SPD-Mitglied war und der bald als Minister der niedersächsischen Landesregierung angehörte. Später wurde Heinrich Albertz Regierender Bürgermeister in Westberlin.

Das war für mich ganz neu: ein Theologe, ein Pfarrer, ist auch ein „Sozi“, der dazu noch SPD-Minister wird! Ich begann nachzudenken und fing an, manches in der CDU kritisch zu sehen. In dieser Zeit wirkte Gustav Heinemann sehr stark auf mich, den ich auch persönlich einige Male erlebte, wenn er nach Westberlin kam. Er war Jurist und gehörte zur Bekennenden Kirche, wurde Mitglied der CDU und Oberbürgermeister in Essen, dann Justizminister im Kabinett Adenauer. Es kam aber bald zu Gegensätzen zwischen ihm und der CDU und besonders zu Adenauer und er trat aus der CDU und der Regierung aus. Seine Überzeugung war ihm wichtiger als ein Ministeramt. Es ging Heinemann besonders um dieses Eine: Was heißt „christlich“ und was das „C“ im Namen „CDU“? Ist das „C“ vielleicht ein falsches Etikett für manches, das mit dem christlichen Glauben gar nichts zu tun hat? Wird da nicht, vielleicht unbewusst, Missbrauch mit dem christlichen Glauben getrieben? Nach einer kurzen Zeit in einer Splitterpartei, die aber keinen Bestand hatte, trat Heinemann in die SPD ein und wurde bald der erste Bundespräsident, den die SPD stellte. Mir imponierte besonders die Geradlinigkeit Heinemanns, die ihn schließlich zur SPD führte.

Jetzt, das heißt in den 50er und 60er Jahren, als mich Heinemann sehr bewegte, wurden die Gegensätze zwischen Ost und West viel schärfer. Da riet unsere Kirchenleitung allen Theologiestudenten in Westberlin und Westdeutschland, die aus der DDR stammten, zurückzukommen. Wir wollten doch einmal hier unseren Dienst tun. Und so kam ich in meine Heimat zurück und beendete mein Studium am Katechetischen Oberseminar in Naumburg. Wurden meine Bedenken gegen die CDU im Westen schon sehr stark, konnte ich hier in der DDR in der CDU nicht bleiben. In der „Blockpolitik“ unter Führung der SED war die CDU nicht mehr selbständig und ganz von der SED abhängig.



Ich war nun ganz bei der SPD, doch die war im Westen und da kam ich nach dem Mauerbau nicht mehr hin. Durch den Rundfunk und später auch durch das Fernsehen wusste ich aber einigermaßen Bescheid. Die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel, vor allem ihre Ostpolitik, begrüßte ich sehr, wie auch viele meiner Bekannten. Vor Brandts Kniefall in Warschau hatte ich großen Respekt. Wir sahen jetzt einen guten Neuanfang in der Bundesrepublik, der letztlich auch uns in der DDR zu Gute kommen würde. 1989 kam die Wende. Ich war damals Pfarrer in Letzlingen bei Gardelegen. Wie nach 1945 sollte auch jetzt ein Neuanfang sein. Das hat für mich geheißen, nur mit einer starken SPD, die auch keine Belastungen aus der DDR hat, kann wirklich Neues geschehen.

Ich gehörte zu den Gründern der SDP im damaligen Kreis Gardelegen, wurde in den Kreistag gewählt und wurde Vorsitzender des Kreistagsausschusses für Bildung und Kultur. 1993 begann mein Ruhestand und wir zogen nach Magdeburg. Ich nahm gleich Kontakt zur hiesigen SPD auf und fand im Ortsverein Stadtfeld-Ost meine neue politische Heimat, in der ich mich sehr wohl fühle. In die für mich meist unbekanntesten Verhältnisse in Magdeburg kam ich einigermaßen hinein durch fünf Jahre Mitgliedschaft im Stadtrat und seinem Kulturausschuss. Aus Altersgründen kandidierte ich nicht ein zweites Mal.

Über zwölf Jahre lang war ich auch Domführer und konnte so Ernst machen, dass sich kirchliche und politisch-säkulare Verantwortung nicht gegenseitig stoßen. Nur darf sich nicht die Kirche über den Staat und der Staat sich nicht über die Kirche erheben. Das wollte ich auch meinen chinesischen Freunden deutlich machen. Es waren Studenten, denen ich helfen wollte, besser Deutsch zu lernen. Ich ging mit ihnen in den Dom und nahm sie auch mit zu Veranstaltungen der SPD. Sie sollten mitbekommen, wie bei uns Demokratie

gelebt wird. Zur Bundestagswahl begleiteten mich auch einige von ihnen ins Wahllokal. Sie wollten bis zuletzt bleiben und dabei sein, als die Stimmen gezählt wurden. Jetzt bin ich 90 Jahre alt. In der Kirche und in der Politik (SPD) bin ich nicht mehr sehr aktiv. Das sollen jetzt Leute sein, die altersmäßig meine Kinder oder Enkel sein könnten. Ich verfolge aber das ganze Geschehen innerhalb und außerhalb meiner Partei mit Interesse. Deswegen bin ich auch gern bei den Zusammenkünften des SPD-Ortsvereins. Hier bin ich zu Hause. Es war ein langer Weg vom Hitlerjungen über den CDU-Jüngling zum SPD-Genossen.

Mancher Wandel ist mir nicht leichtgefallen. Ich habe auch in der CDU manchen kennengelernt, den ich schätze. Das war kein „die Fahne nach jedem Wind hängen“. Ein Satz von Erich Kästner hat mir sehr geholfen: „Du sollst deine Überzeugung haben und dazu stehen. Du darfst darauf aber nicht sitzen bleiben.“ Das wünsche ich der SPD, die heute auch nicht mehr die marxistisch-dogmatische Klassenpartei ist. Die SPD darf nie vergessen, dass sie als soziale Partei für die Menschen da ist und je nach Zeit und Verhältnissen zu suchen und zu tun hat, was „dran“ ist – besonders für die Schwachen von hier und für die, die vielleicht aus großer Not heraus aus fernen Ländern zu uns kommen. Als demokratische Partei soll sie Wächterin sein darüber, dass das freie und demokratische Leben nie gefährdet wird. In diesem Sinne: Alles Gute, SPD!

## 130 Jahre 1. Mai in Wernigerode

Ralf Mattern

Zum 130. Mal wird in diesem Jahr weltweit der Erste Mai gefeiert. Auch in Wernigerode trifft man sich auf dem Marktplatz, um die Einhaltung und den Ausbau von Arbeitnehmerrechten anzumahnen und daran zu erinnern, dass die Arbeit auch ihren Preis hat. Viele Leute, für die die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft Selbstverständlichkeiten sind, nutzen diesen Tag allerdings lediglich als einen willkommenen Feiertag. Das war nicht immer so. Im Jahr 1890 wurde von sozialdemokratischen Aktivisten in Wernigerode ins städtische Schützenhaus geladen. Thema der Veranstaltung sollte sein: "Zweck und Nutzen der achtstündigen Arbeitszeit" - damals noch eine Utopie.



Am 3. Mai 1890 vermeldete jedoch das "Wernigeröder Tageblatt": „Der erste Mai ist, was vorauszusehen war, in unserer Stadt äußerst ruhig verlaufen. In allen Fabriken und auf allen Arbeitsplätzen wurde wie gewöhnlich gearbeitet, in einigen Geschäften trat in Folge Verabredung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein früherer Arbeitsschluß ein. Die für den Abend angekündigte Arbeiterversammlung im Schützenhause konnte nicht stattfinden, weil das Lokal nicht zur Verfügung stand. Wie uns mitgeteilt wird, sollen jedoch von Seiten der hiesigen Sozialdemokraten im Laufe des Nachmittags, während Polizei und Gendarmen sich im Schützenhause befanden, um eventuelle größere Menschenansammlungen zu überwachen, 1.000 in Halberstadt gedruckte Flugblätter verteilt sein.“

Auch ein Jahr später war es offensichtlich erneut nicht möglich, ein Lokal für die Feier zu finden. Zur Maifeier selbst schrieb das "Wernigeröder Tageblatt" am 4. Mai 1891: „Die diesjährige Maifeier der Arbeiter unserer Stadt kann man mit vollstem Recht als eine nach allen Seiten hin befriedigende und gelungene bezeichnen. Der Festort war der idyllisch gelegene Waldplatz "Papenanneken", woselbst sich gegen 4 Uhr nachmittags eine sehr zahlreiche Volksmenge versammelt, welche, aus Handwerkern und Arbeitern aller Berufe mit ihren Familien bestehend, den ganzen Platz vollständig füllte. Für die leiblichen Bedürfnisse der Anwesenden war ausreichend Sorge getragen; während für die kaffeetrinkenden Hausmütter und deren Kinder kochendes Wasser zur Bereitung des edlen Mokka in Menge vorhanden war, belagerte das stärkere Geschlecht das improvisierte Buffet und leistete quantitativ im Trinken des Lagerbieres aus der Brauerei Schreyer Außerordentliches (es sollen zwei Wagenladungen vollständig >alle< geworden sein). Selbstverständlich war auch Musik anwesend und gefielen insbesondere allgemein die einzelnen gesanglichen Vorträge des Vereins >Liederbund<. Auch wenn diese Maifeier offiziell unter der Überschrift >Familienfest<



firmierte, war es doch die erste gelungene von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ausgerichtete Maifeier in der Stadt Wernigerode.“

Im Jahr 1892 zogen die Wernigeröder Sozialdemokratie und die mit ihr verbundenen Gewerkschaften nach Drübeck, wo zum 1. Mai, der in diesem Jahr auf einen Sonntag fiel, in der "Neuen Quelle" mit "Konzert, Gesangsvorträgen, Ansprache und Tanzkränzchen", ohne Eintritt zu erheben



vom Festkomitee auch die Arbeiter von Ilseburg und den umliegenden Ortschaften eingeladen wurden. Für ein gutes Glas Bier, sowie für einen guten Kaffee (à Portion 20 Pfg.) wird von Seiten des Wirtes Sorge getragen werden, auch ist der

letztere bereit, gegen eine kleine Vergütung kochendes Wasser und Kaffeegeschirr nebst Milch zum Kaffeekochen zu liefern.“, hieß es in der Anzeige im "Wernigeröder Tageblatt". Über dieses Maifest berichtete das "Wernigeröder Tageblatt" nur kurz: „Sonntag Nachmittag fand hier im Gasthofs zur "Neuen Quelle" die sozialdemokratische Maifeier für Wernigerode und Umgegend statt, die der ungünstigen Witterung wegen nicht so zahlreich besucht war als der Wirt erwartet hatte. Das Haupt-Thema der Ansprache bildete der achtstündige Normal-Arbeitstag.“

Je stärker die Sozialdemokraten wurden, umso stärker wuchs der Druck auf die Restaurantbesitzer, die sich ihrem Abhängigkeitsverhältnis von den Behörden und der Fürstlichen Verwaltung nicht entziehen konnten, ihre Lokale zu Versammlungszwecken nicht herzugeben. Am 26. Dezember 1892 fasste der Volksbildungs-Verein den einstimmigen Beschluss, ein eigenes Heim, den "Volksgarten", zu schaffen. Er war zugleich das erste der sogenannten "Volkshäuser" oder "Volksparks" der europäischen Sozialdemokratie. Wie in den Jahren zuvor konnten auch 1893 die Wernigeröder Sozialdemokraten keinen hiesigen Wirt dafür gewinnen, die Maifeier auszurichten. Jedoch: Der "Volksgarten", Ecke Feldstraße/Schmatzfelder Straße, war in seinen Grundfesten fertig gestellt. Den Ersten Mai feierte man deshalb dort und verband dies mit der Grundsteinlegung am Abend. In den Grundstein wurde ein Exemplar des "Vorwärts", ein Exemplar der Maifeierzeitung, die Mai-

Nummer des "Wahren Jacob", ein Exemplar der Schrift "Die Zukunftsdebatten im Deutschen Reichstag", und eine kurze von Albert Bartels verfasste Abhandlung über die Entwicklung der Organisation der Arbeiter vor Ort gesteckt. Mit dem "Volksgarten" hatte die Wernigeröder Arbeiterbewegung nun ein Gebäude mit Garten, in dem bis nach dem 1. Weltkrieg Maifeiern stattfinden konnten.

Die Weimarer Nationalversammlung beschloss am 15. April 1919 den Ersten Mai als Feiertag zu begehen - wegen der Stimmverhältnisse galt das jedoch nur für das Jahr 1919. Die rechte Opposition im Parlament lehnte den Feiertag grundsätzlich ab, der linken Opposition ging die Regelung nicht weit genug. Versuche des ADGB und der SPD, den Tag der Arbeit über 1919 hinaus als gesetzlichen Feiertag zu sichern, blieben vergeblich.

Am 4. Mai 1919 berichtete das "Wernigeröder Tageblatt" über die hiesige Maifeier: „Der große Tag ist in Wernigerode würdig und schön verlaufen. Geschickt und abgerundet hat die Arbeiterschaft ihre Demonstration zum Ausdruck gebracht. Die städtischen Fahnenmasten waren mit den Stadtflaggen festlich bewimpelt worden. Feiertagsruhe lag über den Straßen. Die Natur selbst schien diesen schönen Festtag begünstigen zu wollen und hatte am Vormittag strahlend schönen Sonnenglanz ausgebreitet. Um 6 Uhr früh weckten die Turner-Spielleute die Schläfer zum 1. Mai und nachdem sich die Teilnehmer am Demonstrationzug um ½ 10 Uhr in Hasserode gesammelt, setzte sich um 10 Uhr vormittags der Festzug in Hasserode in Bewegung und marschierte mit klingender Marschmusik zunächst nach dem Marktplatz. Voran der Radfahrerbund >Solidarität< in Sporttracht und Festschmuck mit Standarte. Hinter den Radfahrern kam die Musik und dann folgten Frauen, Kinder und die einzelnen Gewerkschaften. Die Turn- und Gesangsvereine waren auf den Zug symmetrisch verteilt. Einen solchen Demonstrationzug hat die Stadt Wernigerode wohl kaum in ihren Straßen

gesehen. Man wird kaum fehl gehen, wenn man die Teilnehmerzahl auf etwa 2000 Mann schätzt. Am Nachmittag hatte sich der strahlende Himmel überwölkt und als um 3 ½ Uhr auf dem Markt das Konzert und Schauturnen der Turnvereine "Vorwärts" und "Brüderschaft" stattfinden sollte, rieselte dauerhaft scheinender Regen hinab. Die Feier wurde daraufhin in die drei Säle Volksgarten, Kurhaus und Fürst Bismarck (Hasserode) verlegt. Die Abendveranstaltungen hatten in allen drei Sälen eine derart große Beteiligung gebracht, daß kaum Platz zu bekommen war.“

Die Nazis erklärten den Ersten Mai im Jahr 1933 zum Feiertag. Damit versuchten sie, insbesondere die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Die im März 1933 abgehaltenen Betriebsratswahlen hatten nämlich keinesfalls den politischen Umschwung, der mit der Machtergreifung der Nazis einherging, widergespiegelt. Die freien Gewerkschaften blieben die mit Abstand größte Organisation. Bereits einen Tag später, am 2. Mai, wurden jedoch die Gewerkschaftshäuser gestürmt - und die freien Gewerkschaften zerschlagen.

Ein Jahr später, 1934, fehlte dann auch in der offiziellen Bezeichnung des Ersten Mai bereits jeglicher Bezug zur Arbeit: Er hieß nun nur noch "Nationaler Feiertag des deutschen Volkes".

Nach dem Zweiten Weltkrieg ab 1946 erlaubten es die Alliierten, wieder den Ersten Mai als Tag der Arbeit zu begehen. Im Laufe der Zeit erstarrte in der DDR dieser Tag zum Ritual, an dem das Volk vor den auf den Tribünen winkenden Repräsentanten des Staates vorbeimarschieren musste.

Nach der politischen Wende, im Jahr 1990, wäre es auch in Wernigerode wieder möglich gewesen, an die Maifeiern der Weimarer Zeit anzuknüpfen - allein: Bei der Masse der Bevölkerung fehlte schlicht das Interesse. So berichtete die "Volksstimme" am 2. Mai 1990 dann auch nur kurz per Bild und

textete: „Der hundertste 1. Mai in Wernigerode: An Stelle der früheren >Selbstbeweihräucherung< der Funktionäre diesmal deutliches Eintreten der Gewerkschafter für die Arbeitnehmerinteressen und gegen eine Zurückdrängung der gewerkschaftlichen Rechte. Mehrere Redner [...] forderten ein Betriebsverfassungsgesetz [...] und wendeten sich entschieden gegen eine Spaltung der Arbeitnehmer in Ost und West.“



## 17. März 1890: Wiedergründung des Wernigeröder Arbeitergesangsvereins "Liederbund"

Ralf Mattern

Wernigerode genießt als musikalische Stadt weithin Anerkennung und Beachtung. Das Chorsingen hat in der bunten Stadt eine lange Geschichte: Neben dem "Wernigeröder Männerchor 1848 e. V.", dessen Wurzeln als "Bürgerliedertafel" bis in jenes Jahr der Revolution reichen, und dem 1865 gegründeten "Männergesangsverein Hasserode e. V.", gibt es auch eine Geschichte von Gesangsensembles, die im Arbeitermilieu entstanden sind.

Bereits im Jahr 1887 hatten Hasseröder Stein- und Holzarbeiter den Gesangsverein "Harmonia" gegründet. Ihr Übungs- und Stammlokal war die Gaststätte "Zur Neuen Quelle". Der Arbeitergesangsverein "Liederbund" existierte seit 1889 (er wurde 1890 nochmals gegründet). 1906 wurde mit dem Arbeitergesangsverein



“Einigkeit” in Hasserode ein weiterer Arbeiterchor gegründet. Schon seit 1900 bestand in Wernigerode ein Arbeitergesangsverein gleichen Namens, in dem vorwiegend Maurer ihrem Hobby nachgingen. Er hatte 19 Gründungsmitglieder. Über das Schicksal dieses Vereins ist nichts bekannt.

In Zeiten des noch bestehenden Bismarckschen “Sozialistengesetzes” hatten derartige Zusammenschlüsse auch eine politische Bedeutung: Solche Organisationen im Umfeld der sozialdemokratischen Partei banden das Milieu an die Sozialdemokratie und stärkten letztlich den Zusammenhalt unter den sozialdemokratisch denkenden Arbeitern. Der “Liederbund” zum Beispiel ging aus dem 1888 gegründeten Maurerfachverein hervor. Zehn Mitglieder des Chores gehörten 1900 zu den Gründern des SPD-Ortsvereins Wernigerode. Die Mitglieder des Arbeitergesangsvereins “Einigkeit” entstammten ebenfalls mehrheitlich einem Gewerk: Eine Ehrenurkunde aus dem Jahr 1931 nennt zwölf Gründernamen, von denen zehn von Beruf Steinhauer waren.

Im Jahr 1911 gründete sich der Frauenchor “Einigkeit”, der sich vor allem aus den Ehefrauen des Männerchores zusammensetzte. Bereits ein Jahr zuvor wurde der Frauenchor “Freiheit” gegründet, der wiederum in enger Verbindung mit dem Männergesangsverein “Liederbund” stand. Natürlich traten die Arbeitersängerinnen und -sänger insbesondere bei Veranstaltungen der Arbeiterbewegung auf. Auch bei Wahlkämpfen, Fest- und Gedenkveranstaltungen und bei Demonstrationen waren die Arbeitergesangsvereine stets dabei.

Im Jahr 1925 gründete sich das “Arbeitersängerkartell von Wernigerode”. Es hatte die Aufgabe, die Veranstaltungen der drei Arbeitergesangsvereine “Harmonia”, “Liederbund”, zu dem 1920 der Gesangsverein “Concordia” stieß, und “Einigkeit” zu koordinieren, gemeinsame Konzerte zu organisieren und die

Interessen der Chöre gegenüber der Stadtverwaltung zu wahren. Die dreiköpfige Leitung setzte sich aus jeweils einem Mitglied der Vereine zusammen. Von den Frauengesangsvereinen ist hier nicht (mehr) die Rede.

Der Arbeitergesangsverein "Liederbund" hatte im Januar 1931 noch 117 Mitglieder, im Juli waren es nur noch 89 aktive Sänger. Ein 1931 gebildeter Kinderchor hatte ein Jahr später eine Stärke von 50 Kindern erreicht.

Nachdem zwei Massenchöre der Arbeitersänger noch die Maikundgebung im Jahr 1932 in Wernigerode, auf der mit Siegmund Crummenerl (1892-1940) der Schatzmeister der SPD sprach, einleiteten, begann mit der "Machtergreifung" der Nazis 1933 der Untergang der Arbeitergesangsbewegung. Überliefert ist, dass der Verein "Liederbund" 1934 durch die SA aufgelöst wurde. Zu jener Zeit umfasste der Chor nur noch 10-15 Mitglieder. Der Gesangsverein "Harmonia" durfte zunächst nach gründlicher Kontrolle der Liedtexte weiterbestehen. Jedoch zogen sich die Sänger selbst mit der Zeit zurück. Der Chor "Einigkeit" fand keine Erwähnung mehr.

Trotzdem lebt die Tradition der Arbeitergesangsvereine bis heute fort. Im Jahr 1945 gründete sich nämlich auf Bestreben ehemaliger Mitglieder des Arbeitergesangsvereins "Liederbund" der "Volkschor Wernigerode". Am 20. November 1962 vereinigten sich der "Volkschor Wernigerode" und der "Schubertchor", der frühere Wernigeröder Männergesangsverein "Liedertafel 1848", zum "Wernigeröder Männerchor 1848 e. V."

## **Hermann Beims - ein Oberbürgermeister zwischen Wilhelminischer Zeit und Weimarer Republik**

**Christian Hausmann**

1919 war ein Jahr des Umbruchs. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Zusammenbruch des Wilhelminischen Kaiserreichs bedurfte es Männern, die auf Reichs- Landes- und kommunaler Ebene die neue Demokratie repräsentierten, lebten und verteidigten. Ein solcher Mann war Hermann Beims, Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg von 1919 bis 1931.

Der gelernte Tischler trat 1887, noch in der Zeit des Verbotes durch das Bismarcksche Sozialistengesetz, in die SAP ein. 1892 ließ er sich als Tischler in Goslar nieder. Im Jahre 1902 trat er in die Dienste der SPD, erst als Arbeitersekretär, ab 1906 Sekretär des SPD-Bezirksvorstandes. 1905 bis 1917 war er Mitglied der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung und von 1917 bis 1919 erster sozialdemokratischer Stadtrat in Magdeburg. Er hatte als anerkannter Führer der Magdeburger SPD entscheidenden Anteil daran, dass Magdeburg Ende 1918 aus den revolutionären Erschütterungen herausgehalten wurde.

Am 24. April 1919 wurde Hermann Beims einstimmig zum Magdeburger Oberbürgermeister gewählt und übte dieses Amt bis 1931 aus. Er gehörte von 1919 bis 1920 der Weimarer Nationalversammlung, dem Reichstag und seit 1926 dem Preußischen Staatsrat an.

Der Name Beims ist auch heute – 100 Jahre nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister – ein klingvoller Name in Magdeburg. Hermann Beims hat sich große Verdienste um seine Wahlheimatstadt erworben. Als Oberbürgermeister stellte er viele Weichen für die Zukunft. In seiner Amtszeit wurde Magdeburg ein Zentrum des Neuen Bauens. Wichtige Zeugnisse dafür

sind das Ausstellungszentrum im Rotehornpark und die Magdeburger Stadthalle. 1927 holte er die Deutsche Theaterausstellung nach Magdeburg. 1929 fand in der Stadthalle der SPD-Parteitag auf Reichsebene statt. Der SPD-Stadtverband Magdeburg tagt in Anknüpfung an diese Tradition regelmäßig in der Stadthalle.

Stabile politische Verhältnisse unter Oberbürgermeister Hermann Beims schufen die Basis für eine Blütezeit. Doch die innere Unruhe der Weimarer Republik blieb spürbar und mancher Erfolg sollte sich bald als fragil erweisen. Beims strebte den Ausbau Magdeburgs zur Hauptstadt Mitteldeutschlands an. In seiner Amtsführung war Beims stets um Konsens und Kompromiss bemüht. Er verstand es, zu den bürgerlichen Stadträten kompetente und kreative Fachleute, wie die Avantgardisten Bruno Taut und Carl Krayl in den Magistrat zu holen, die Magdeburgs Ruf als ein Zentrum des "Neuen Bauwillens", "Neuen Gestaltens", "Neuen Lernens" geprägt haben.

Er konnte, anknüpfend an Pläne und Vorarbeiten aus der Kaiserzeit, beachtliche kommunalpolitische Leistungen erreichen. Unter seiner Ägide entstanden moderne Wohnviertel in den Vorstädten, so z.B. die Hermann-Beims-Siedlung im Stadtteil Stadtfeld-West, die Curiesiedlung in der Neuen Neustadt und die Angersiedlung in Cracau. Die zwischen 1924 und 1932 erbaute Hermann-Beims-Siedlung zählt zu den größten architektonischen Flächendenkmälern Europas und zu den bedeutendsten Zeugnissen des sozialen Wohnungsbaus in Deutschland.

Dieses bedeutende bauliche Erbe hat auch für den Kulturtourismus einen besonderen Stellenwert. Die Hermann-Beims-Siedlung ist deshalb im Jahr des Bauhaus-Jubiläums eine von deutschlandweit 100 Stationen auf der „Grand Tour der Moderne“, einer eigens zum Festjahr 2019 konzipierten Route durch die Geschichte der Moderne.

Nicht nur im Bausektor sondern in allen Bereichen gab es innovative Veränderungen. Am Ende seiner Amtszeit 1931 musste er nicht nur auf diesem Gebiet herbe Rückschläge hinnehmen. Besorgt machten ihn die ausufernden sozialen Probleme nach dem New Yorker Börsensturz, der auch in Deutschland zu großer Arbeitslosigkeit führte.

Die Stadt Magdeburg ehrte ihn durch die nach ihm in seiner Amtszeit entstandene Siedlung nebst Beimsstraße und Beimsplatz, der im Jahr 2015 ein neues Gesicht mit einer eigens neu entworfenen Beimsbank erhielt.

Zum 100. Jahrestag der Amtseinführung von Hermann Beims veranstaltete das Kulturhistorische Museum Magdeburg, die Stadtbibliothek und das Stadtarchiv der Landeshauptstadt Magdeburg vom 24. bis 26. April 2019 ein wissenschaftliches Kolloquium an seinem einstigen Wirkungsort.

Zuletzt sei auch an seine Enkelin Inge Beims (1930-2018) erinnert. Sie wurde in Magdeburg geboren und studierte an der Martin-Luther-Universität Halle Naturwissenschaften mit dem Schwerpunkt Biologie. In den 1950er Jahren emigrierte sie nach Westdeutschland, wo sie in Darmstadt eine zweite Heimat fand und bis zu ihrer Pensionierung als Biologielehrerin tätig war.

Inge Beims blieb Magdeburg und der Sozialdemokratie immer eng verbunden. In der Zeit des Wendeherbstes 1989 zog es sie sofort in ihre Geburtsstadt. Inge Beims schrieb damals einen Brief an den für die Hermann-Beims-Siedlung zuständigen SPD-Ortsverein Magdeburg-Diesdorf. Hier haben sich enge Kontakte und Freundschaften gebildet, so zu Alt-Oberbürgermeister Dr. Willi Polte und Ruth Lockner, beide SPD-Mitglieder der ersten Stunde im Jahr der Friedlichen Revolution 1989. Dr. Willi Polte charakterisierte sie als eine bescheidene und zurückhaltende Frau.

Inge Beims besuchte häufig ihre Geburtsstadt, unter anderem anlässlich des 65. und 75. Geburtstag der Hermann-Beims-Siedlung sowie bei der Einweihung des umgestalteten Beimsplatzes im Jahr 2015. Ihrer Verbundenheit zu Magdeburg gab Inge Beims auch durch eine Baumspende im Rahmen der Aktion "Mein Baum für Magdeburg" sowie durch Spenden für die Magdeburger Domorgel und für die Erneuerung der Domturmstufen Ausdruck.

Nach ihrem Tode wurde Inge Beims am 04. Januar 2019 im Beimsschen Familiengrab auf dem Magdeburger Westfriedhof beigesetzt. Dr. Willi Polte und Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper hielten Worte des Gedenkens.

**„...denkt auch an mich und laßt Euch alle herzlich grüßen und küssen...“ Vor 75 starb der Sozialdemokrat Emil Lange in nationalsozialistischer Haft**

**Andreas Schmidt**

Am 2. Dezember 2016 weihten der Volksparkverein und die hallesche SPD eine Stele ein, die an die Errichtung des Volksparks in Halle als sozialdemokratisches Volkshaus erinnert. Der Schatzmeister der SPD, Dietmar Nietan war gekommen. Ebenfalls gekommen war eine ältere Dame, die sich als Tochter eines der Treuhänder des Volksparks vor 1933 vorstellte, als Tochter von Emil Lange.

Emil Lange wurde am 28. März 1891 in Halle geboren. Schulbildung hieß für Arbeiterkinder seiner Generation sechsjährige Volksschule. Emil Lange schloss diese kurze Schullaufbahn 1903 ab und lernte bei der Firma C.A. Callm in Diemitz Dreher. 1907, mit 16 Jahren trat er dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Vorläufer der IG Metall, und der SPD bei. Der großgewachsene junge Arbeiter fand zum Fußball und zum Arbeitersportverein „Olympia“. Am Heiligabend 1914 heiratete Emil Lange Martha Wiedau, mit der er drei Töchter haben sollte (Foto: privat; Familie Lange 1932 oder 1933). 1917 wurde der junge Familienvater in den Krieg





geschickt. Zurückgekehrt begann er wieder in seinem Lehrbetrieb, in dem er 1922 Betriebsratsvorsitzender wurde. Die Aufzählung seiner in den folgenden Jahren ausgeübten Funktionen beschreibt einen typischen Lebenslauf von Ehrenamtlichen der Arbeiterbewegung in einer Zeit, in der das Wort Funktionär als Auszeichnung empfunden wurde. Lange führte als Kassierer und später als zweiter Vorsitzender der halleschen SPD, als Kassierer des lokalen Deutschen Metallarbeiterverbandes und als Schöffe ein Leben der vielen in Sitzungen und auf Versammlungen verbrachten Abende. Spätestens seit Mitte der 20er Jahre hielt er als einer der Treuhänder das Eigentum am Volkspark. Da die SPD als nichtrechtsfähiger Verein nicht direkt Eigentum besitzen durfte, musste das große Volkshaus von Treuhändern verwaltet werden. Diese Treuhänderschaft war eine Vertrauensfunktion, die Langes zentrale Position in der halleschen SPD verdeutlicht.

1929 wurde er in die hallesche Stadtverordnetenversammlung gewählt. Die SPD gewann bei der Kommunalwahl am 17. November – kurz bevor die Weltwirtschaftskrise zu wirken begann – gegenüber der Wahl am 4. Mai 1924 zwei Sitze hinzu und wuchs auf neun Stadtverordnete. Lange war einer der neuen sozialdemokratischen Stadtverordneten.

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 12. März 1933 fanden bereits im Schatten des nationalsozialistischen Terrors statt. Durch die „Notverordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ wurden auch SPD-Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Ab dem 2. März beherrschten 1.000 als „Hilfspolizisten“ in Dienst genommene Schläger von Stahlhelm, SA und SS die Straßen Halles und machten öffentliche Aktionen im Wahlkampf unmöglich. Dennoch wurde Lange gemeinsam mit fünf anderen Sozialdemokraten wiedergewählt. Die konstituierende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 1933 war vermutlich Langes

letzte. Während den Kommunisten ihre Mandate sofort aberkannt wurden, geschah dies mit denen der Sozialdemokraten auf der dritten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6. Juli 1933. Daran nahmen die Stadtverordneten der SPD bereits nicht mehr teil. Die SPD war im Juni verboten worden.

Emil Lange blieben Haft und Konzentrationslager zunächst ebenso erspart wie der Verlust des Arbeitsplatzes. Nicht erspart blieben ihm der Hass der neuen Machthaber, die zur Schau der getragene Verachtung der Mitläufer und die Isolation nach der Liquidierung der Organisationen der Arbeiterbewegung, die einen beträchtlichen Teil seines Lebens ausgemacht hatten. Umso mehr wandte der Vater dreier Töchter sich der Familie zu. Ursula, die jüngste Tochter, beschreibt einen herzlichen, zugewandten Vater und humorvollen Familienmenschen.

Am 22. August 1944 wurde Emil Lange am Arbeitsplatz verhaftet. Kollegen beschrieben der Familie später, Lange sei von Drehbank zu Drehbank gegangen und habe sich von jedem seine Kollegen verabschiedet. Langes Verhaftung war Teil einer reichsweiten, großangelegten Verhaftungswelle, der Aktion „Gewitter“. Sie war bereits vor dem Attentat auf Hitler am 20. Juli geplant und richtete sich nicht nur aber auch gegen die Akteure des 20. Juli und ihr Umfeld. Sie wurde als Reaktion das Attentat propagiert. Tatsächlich ging es darum, angesichts der sich den deutschen Grenzen nähernden Kriegsfrenten die „innere Front“ zu sicher, d.h. jedes Widerstandspotential auszuschalten. Bereits bei Kriegsbeginn im September 1939 hatte eine vergleichbare Verhaftungswelle stattgefunden. Reichsweit wurden am 22./23. August 1944 etwa 5.000 frühere Reichstags-, Landtags und Kreistagsabgeordnete sowie Stadtverordnete vor allem von SPD und KPD in Konzentrationslager und Haftanstalten verbracht. Die Verhaftungen erfolgten unabhängig davon, ob die

Betreffenden im Verdacht standen, Widerstand zu leisten. Ein Teil der Verhafteten kam nach kurzer Zeit wieder frei. Emil Lange hatte dieses Glück nicht, er wurde nach einer Zeit in einer halleschen Haftanstalt in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert.

Von dort erhielt seine Familie mit Brief vom 17. September nach vier Wochen das erste Lebenszeichen. Die Häftlinge des KZ Sachsenhausen durften vierzehntäglich einen Brief an ihre Familie schreiben. Die Briefe mussten auf einem Formularbriefbogen geschrieben werden, der Raum war also begrenzt. Sie waren offen bei der Lagerleitung zum Versand abzuliefern und gingen durch die Postzensurstelle, die die Briefe abzeichnete. Entsprechend sind auch die sechs Briefe, die Lange aus dem Konzentrationslager nach Hause schickte sehr zurückhaltend, was Langes eigene Situation betrifft und verzichten auf Schilderungen der Demütigungen und Entbehrungen des Lagerlebens sowie selbst auf Andeutungen politischer Äußerungen.

Aus Langes Briefen spricht das Wissen um die Zensur, aber auch das Bemühen, die Sorge der Familie um seine Lage nicht noch zu vergrößern. Am 17. September schrieb er, „... durch besondere Umstände war es mir nicht möglich eher zu schreiben, und ich nehme an, daß Ihr Euch keine Sorgen um mich gemacht habt. Mir geht es gut, bin gesund u. munter, gleiches nehme ich auch von Euch allen an. [...] Ich nehme an, daß auch diese Zeit vergeht und ich bald wieder unter Euch sein werde.“. Die Briefe zeigen zugleich, dass es Emil Lange mit fortdauernder Lagerhaft immer schlechter ging. Am ersten Oktober schrieb er „...ich bin nun bereits 6 Woh. fort und kann Euch berichten, daß es mir noch gut geht.“. Der Brief vom 15. Oktober 1944 und alle weiteren enthielten gar keine Bemerkungen mehr zu seinem Gesundheitszustand. Um so mehr ging es um Lebensmittel und Anfang Dezember auch um Handschuhe und einen Schal, den er sich erbat.



2  
K. F. J. Quinmann  
G. Berlin  
St. 94457  
10d 9 Mk.  
Lange geb. 28. 2. 91

Stempelgenau Anfertigung: Schuhbattling



von Martha Lange



10

Halle o. S.

Kb. Gosenstr. 2

KL 76/5.49 5.000.000



Während Langes Briefe wenig Auskunft über seine Lage geben, zeigen sie, dass mit fortdauernder Haft die Sehnsucht nach seiner Familie wuchs. Weite Teile des knappen Raums auf den Briefvordrucken verwendete er auf Fragen nach dem Befinden von Frau und Kindern und der Übermittlung von Grüßen an Verwandte und Freunde. „Alle meine Lieben! Weihnachten rückt immer näher und es wird das erste Mal sein, daß wir das Fest nicht zusammen erleben können. Euch wünsche ich, die Feiertage gesund u sorgenlos zu erleben, wenn ich auch nicht unter Euch sein kann. Ebenso beste Wünsche Verwandten u. Bekannten. Freuden kann ich Euch nicht bereiten, mögen meine Zeilen dies ersetzen.“

Emil Langes letzter Brief aus dem KZ Sachsenhausen stammt vom 7. Januar 1945. Sein weiteres Schicksal, Zeitpunkt und Umstände seines Todes sind unbekannt. Martha Lange schrieb nach Wochen des Wartens auf Post am 27. März 1945 an den Lagerkommandanten und bat um Auskunft. Mit Schreiben vom 4. April 1945 antwortete die Kommandantur, Emil Lange sei „von hier aus einem Transport überstellt worden.“ Sein Aufenthaltsort sei unbekannt. Als die Rote Armee Anfang Februar 1945 die Oder erreichte, hatte die SS begonnen, die Verlegung des Lagers vorzubereiten. In diesem Zusammenhang wurden mehr als 3.000 als marschunfähig oder als gefährlich eingestufte Häftlinge im Lager ermordet. Weitere 13.000 wurden per Zug in die Konzentrationslager Mauthausen und Bergen Belsen verbracht. Vermutlich handelte es sich auch hier um ältere Häftlinge, die als nicht marschfähig galten. Ein ehemaliger Mithäftling teilte Martha Lange später mit, Emil Lange sei mit ihm im KZ Bergen Belsen angekommen. Auch eine Anfrage an die Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen konnte nicht aufklären, unter welchen genauen Umständen Emil Lange starb. Die SS vernichtete wie in den meisten anderen Lagern auch in Sachsenhausen vor der Befreiung des Lagers die Häftlingsakten und versuchte die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen. So kann bis heute für

tausende Opfer nicht einmal ein Sterbedatum genannt werden. Bergen Belsen wurde 1945 wegen seiner frontfernen Lage zum Ziel der Verbringung zehntausender Häftlinge. In dem überfüllten Lager herrschten in den letzten Kriegsmonaten chaotische Zustände. Die Lebensmittelversorgung brach völlig zusammen, Seuchen brachen aus. In den letzten Monaten vor der Befreiung des Lagers starben in Bergen Belsen 35.000 Häftlinge, 14.000 weitere konnten in den Wochen trotz umfangreicher Hilfsmaßnahmen nicht gerettet werden.

Emil Langes Familie suchte noch monatelang verzweifelt nach einem Lebenszeichen. 1952 schließlich wurde Emil Lange für tot erklärt. Seine Tochter hat seine Briefe aus Sachsenhausen bis heute aufbewahrt. Dr. Nicole Ramin hat sie transkribiert und damit diesen Text möglich gemacht. Auf dieser Basis konnte die Historische Kommission des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt dafür Sorge tragen, dass Emil Lange in die Biografische Datenbank zu Gewerkschaftsfunktionären/innen in Konzentrationslagern 1933-1945 und in das elektronische Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie aufgenommen wurde. Eine Gedenktafel im halleschen Stadthaus, bis heute Tagungsort des halleschen Stadtparlaments erinnert ebenfalls an ihn. Wir werden ihn nicht vergessen.

## **Meine Kindheit und Jugend am „Heißeste Punkt im Kalten Krieg“ Rüdiger Erben**

Geboren wurde ich Oktober 1967 im thüringischen Bad Salzungen, heute Kreisstadt des Wartburgkreises. Kurz nachdem mein zwei Jahre jüngerer Bruder zur Welt kam, zogen meine Eltern mit ihren beiden Söhnen in die Kleinstadt Geisa in der Rhön. Geisa, heute bekannt als „Heißester Punkt im Kalten Krieg“, ist der Heimatort meiner Mutter, mein Vater wurde der dortige Oberförster, heute wäre es der Forstamtsleiter. So wuchsen wir im Forsthaus auf, damals nur wenige hundert Meter vom „Eisernen Vorhang“ entfernt.

### ***Was machte meine Heimatstadt zu einem Hotspot im Kalten Krieg?***

Meine Heimatstadt Geisa war die westlichste Stadt des Warschauer Paktes, der westlichste Punkt des Gebietes des Warschauer Paktes nur wenige Kilometer südlich der Stadt.

Die NATO ging davon aus, dass die Armeen des Warschauer Pakts im Westen Thüringens – dem sogenannten Thüringer Balkon – aufmarschieren, die Grenze in Richtung Fulda durchbrechen und innerhalb von zwei Tagen durch das sogenannte „Fulda Gap“ bis zum Rhein-Main-Gebiet vorstoßen könnten. Damit wäre die Bundesrepublik in zwei Hälften geteilt und die Rhein-Main Air Base, der wichtigste NATO-Luftwaffenstützpunkt in Europa, ausgeschaltet worden. Thüringen war ein Stationierungsschwerpunkt der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Entsprechend groß waren die Truppenkonzentration von US-Truppen im Raum Fulda.

Doch die Überlegenheit der Truppen des Warschauer Paktes war konventionell erdrückend. Deshalb gab es NATO-Planungen, im Raum Fulda



141 taktische Atomwaffen einzusetzen. An vielen Straßen in der hessischen Rhön kann man noch heute Sprengschächte finden. Nach Auffassung der NATO hätte man sich nur wenige Tage lang konventionell verteidigen können. Danach wäre es wohl zum Einsatz von Kernwaffen gekommen. Die Menschen in der Rhön wären so zu den ersten Opfern eines Atomkrieges geworden. Das wussten weder die Kinder noch die Erwachsenen, die in der Rhön lebten, sicher auch die meisten Westdeutschen nicht.

Wir lebten am Fuße des heutigen Sinnbildes dieser Kriegsgefahr. Oberhalb meiner Heimatstadt befand sich für uns alle sichtbar ein großer Beobachtungsturm. Von den Westverwandten hörten wir, dass der Turm zum Observation Post (OP) Alpha der Amerikaner gehörte. Heute wissen wir, dass OP Alpha bis zum Fall des Eisernen Vorhangs der wichtigste Beobachtungspunkt im Verteidigungskonzept der NATO war. Direkt gegenüber auf der DDR-Seite standen Auge in Auge Türme der DDR-Grenztruppen. Heute ist „Point Alpha“ die wohl wichtigste Mahn- und Gedenkstätte an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Wer sie besucht und früher in der Rhön gelebt hat, der ist froh, dass wir nicht wussten, auf welchem Pulverfass die Menschen in der Rhön lebten.

Zugleich erfüllt wohl jeden Menschen tiefe Dankbarkeit, dass auch in den schwierigsten Situationen aus dem Kalten Krieg nie ein heißer Krieg geworden ist und sich Deutschland 1990 friedlich wiedervereinigen konnte. Wer „Point Alpha“ besucht hat, der ist überzeugt, dass ein bewaffneter Konflikt in Europa keinen Sieger gehabt hätte und er betrachtet mit großer Sorge, dass wir heute wieder in einer neuen Art des Kalten Krieges leben.

***Wie erlebten die Menschen an der Nahtstelle der Militärpakte den Eisernen Vorhang?***

Wir kannten es nicht anders. Die Grenze war da und die Menschen in meiner Heimat mussten damit leben. Nahezu jeder hatte Verwandte in den hessischen Nachbardörfern. Mein Großvater war der einzige von acht Geschwistern, der im Osten lebte. Die Hälfte der ehemaligen Klassenkameraden meiner Mutter war rechtzeitig in den Westen geflüchtet. So war es in vielen Familien.

Gerade im Grenzgebiet wussten die Menschen, wie unüberwindlich die von den DDR-Oberen als „antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnete Grenze war. Bereits 1952 wurden die ersten Grenzbefestigungen durchgeführt, seit 1961 war sie quasi unüberwindlich und in den 1970er und 1980er Jahren wurden die Grenzanlagen immer weiter perfektioniert. In der Umgebung wurden kleine Dörfer und Aussiedlerhöfe dem Erdboden gleichgemacht. Alle Orte mit weniger als fünf Kilometern Abstand zur Grenze wurden zum Sperrgebiet erklärt. Selbst nahe Verwandte von außerhalb durften die Einwohner nur mit einem befristeten Passierschein besuchen. Familien, die systemkritische Aussagen machten, oder denen Fluchtabsichten nachgesagt wurden, wurden aus ihrer Heimat in den Aktionen „Ungeziefer“ und „Kornblume“ zwangsausgesiedelt.

Doch man wollte die Menschen auch irgendwie bei Laune halten. So war die Versorgungslage im Grenzgebiet besser. Wer arbeitete bekam jeden Monat einen „Sperrzonen-Zuschlag“ von 60 DDR-Mark. Es entstanden in dieser Zeit in vielen Orten neue Gebäude für soziale und kulturelle Zwecke.

So fanden sich die Menschen mit ihrem Schicksal ab. Kaum jemand glaubte daran, dass wir es erleben, dass der Eiserne Vorhang fällt. Man hoffte auf die

Politik der kleinen Schritte: Besuchsreisen in den Westen, bevor man Rentner ist oder auch Besuch aus dem Westen im Grenzgebiet empfangen zu können.

Die Wiedervereinigung wurde selbst in der Bundesrepublik nur noch in Sonntagsreden beschworen. Ich kannte in meinem persönlichen Umfeld nur einen einzigen Menschen, der an die Wiedervereinigung glaubte, mein Großvater (Geburtsjahr 1899). Er starb 1987 und konnte die Friedliche Revolution des Herbstes 1989 nicht erahnen. Er war aber überzeugt, dass sich der Ostblock irgendwann ökonomisch abgewirtschaftet haben werde und er behielt recht.

Mein Großvater hat mich zu einem politischen Menschen gemacht. Er war einerseits Anhänger von Franz-Josef Strauß und hatte andererseits große Achtung vor Helmut Schmidt. Er bezeichnete die Mitglieder der Ost-CDU als „CDU-Kommunisten“. Helmut Kohl verachtete er, weil er Helmut Schmidt auf unredliche Art und Weise aus dem Amt gedrängt hatte. Mit ihm schaute ich die „Tagesschau“, den „Internationalen Frühschoppen“, „Report“ und „Monitor“. Mit ihm diskutierte ich und er schärfte mir ein, was ich unter keinen Umständen in der Schule sagen durfte.

## ***Grenzgebiet, was hieß das im täglichen Leben?***

Wenn am Abend die Volkspolizei an der Tür klingelte, dann hieß das nicht, dass man etwas verbrochen hatte. Vermutlich hatte man eine Leiter am Apfelbaum oder am Heuboden stehen gelassen; ein „Grenzverletzer“ hätte sie schließlich zum Übersteigen des Grenzzaunes nutzen können.

Seinen Personalausweis musste man ständig mitführen, denn in diesem war der „Sperrzonen“-Stempel zu finden. Als Läufer war ich häufig zum Training auf Straßen und Waldwegen im Grenzgebiet unterwegs. Gerade im Sommer hatte ich natürlich keinen Personalausweis dabei. Wo hätte ich diesen auch verstauen sollen? Einmal wurde ich von einem Volkspolizisten angehalten und nach meinem Ausweis gefragt. Ich fragte ihn frech, wo ich den denn verstaut haben sollte. Ich musste in seinen Dienst-Trabant einsteigen und ich dachte, man nehme mich mit in die Dienststelle. Weit gefehlt, er fuhr mich direkt vor unsere Haustür und ließ mich meinen Ausweis holen. Es war reine Schikane. Er wusste wer ich bin und wer meine Eltern sind.

Um 24 Uhr war Sperrstunde. Egal, ob Karneval oder Jugendtanz, um 24 Uhr war Schluss. Kurz vor Mitternacht erschien der Abschnittsbevollmächtigte auf dem Tanzsaal. Das war das Zeichen, dass gleich Schluss ist. Je nach Geduld des Volkspolizisten, spätestens um ein Uhr war das Ende der Veranstaltung.

Überraschenden Besuch konnte man nicht bekommen, denn selbst enge Verwandte, die nicht im Grenzgebiet des jeweiligen Kreises wohnten, benötigten einen Passierschein, um auf Besuch zu kommen. Größere Familienfeiern, insbesondere mit Westverwandten, mussten in Orten außerhalb des Grenzgebiets stattfinden.

Nicht leicht war es auch für mich. Ich war eher ein „Spätzünder“. Meine erste große Liebe wohnte ebenfalls im Grenzgebiet, dummerweise im Grenzgebiet des Nachbarkreises Meiningen. Was bedeutete das? Sie durfte mich nicht besuchen, ich sie nicht. Verwandt waren wir nicht, eine Genehmigung für einen von uns folglich aussichtslos. Folglich schrieben wir uns jeden Tag einen Brief. Meine erste große Liebe wurde zum Opfer des DDR-Grenzregimes.

### ***In der Rhön war trotzdem manches anders als im Rest der DDR***

Wie wohl keine andere Region in der DDR, war und ist Geisa und die umliegenden Dörfer vom Katholizismus geprägt. Zu meiner Schulklasse gehörten 28 Mädchen und Jungen, davon waren 26 Katholiken, eine Protestantin und eine Atheistin, wie man damals Konfessionslose damals nannte. Ich gehörte keiner unterdrückten Minderheit an. Das unterschied die Katholiken in der Rhön von den meisten Katholiken im Rest der DDR.

Schwer hatten es eher die Kinder der Grenztruppen-Offiziere. Diese bekamen keine Westpakete, waren bei den hohen Festen wie Erstkommunion und Firmung außen vor. Ihre Eltern hatten meist keine Freunde im Ort und die Verwandten wohnten weit weg.

Es gab wegen der Dominanz der katholischen Kirche auch Dinge in der Rhön, die Christen in der Diaspora vermutlich kaum glauben können. Deutlich wird dies vielleicht an folgendem Umstand: Die Klassen eins bis vier wurden in meinem Heimatort in einem Schulgebäude beschult, das auf einem Grundstück steht, welches der katholischen Kirche gehört. Der Staat hatte mit der Kirche ein Erbbaurecht über 99 Jahre vereinbart. Im Gegenzug durfte die katholische Kirche am Nachmittag in dem Schulgebäude Religionsunterricht durchführen. Das gab es wohl sonst nirgendwo in der DDR. In denselben

Klassenräumen, in denen wir am Vormittag zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ erzogen werden, wurden wir am Nachmittag vom Pfarrer oder einer Ordensschwester auf die Erstkommunion vorbereitet. Damit uns dabei die Partei- und Staatsführung nicht zuschauen musste, nahm Pfarrer oder Schwester die Porträts von Honecker & Co. von der Wand ab und hängten sie zum Ende des Religionsunterrichtes wieder auf. Widerstandskämpfer oder Held musste man nicht sein, wenn man als Christ im Ostteil der Rhön lebte.

### ***Die Grenze ist offen - wie ich die Tage nach dem 9. November 1989 erlebte***

Ich hatte bereits mehr als zwei Jahre meines Wehrdienstes bei der Nationalen Volksarmee in Weißenfels abgeleistet, als am 9. November 1989, einem Donnerstag, in Berlin die Mauer fiel. Ich erfuhr es an dem Abend in der Kaserne aus dem West-Radio. „Bayern 3“ konnte man hier gut empfangen.

In übervollen Zügen reisten hunderttausende DDR-Bürger ab dem nächsten Tag nach West-Berlin und in die Bundesrepublik. Doch ich fuhr am Freitagmittag in den Urlaub, in die Heimat, ins Grenzgebiet. Obwohl auch die Westgrenze bereits am Freitag viele Löcher hatte, waren der Volkspolizei-Posten, der einige Kilometer vor der Grenze kontrollierte, ob man denn berechtigt sei, ins Grenzgebiet einzureisen, noch immer besetzt. Es wurden auch noch die Ausweise kontrolliert. Ich zeigte brav meinen Wehrdienstausweis und den Urlaubsschein vor.

Zu Hause angekommen, gab es viel zu erzählen. Mein jüngerer Bruder brachte die Nachricht mit, dass am nächsten Tag, in Vacha, nur wenige Kilometer von meinem Heimatort entfernt, die Grenzbrücke über die Werra geöffnet werde. Es gab nur zwei Probleme. Erstens: Ich hatte keinen Personalausweis, denn

den musste man als Soldat vor der Einberufung bei der Volkspolizei abgeben. Zweitens: Es war Armeeangehörigen noch immer verboten, in den Westen zu reisen.

Doch am nächsten Tag überwog die Neugier. Mein Bruder, er hatte einen Personalausweis, und ich ohne selbigen, fuhren am Samstagmorgen nach Vacha und sahen wie tausende Menschen auf die Werrabrücke drängten. Kontrollieren konnte da keiner mehr. Doch wir wollten nicht nur raus, wir wollten auch wieder zurück. Schließlich hatten wir unserer alleinlebenden Mutter versprochen, wieder zurück zu kommen. So schwammen wir mit dem Strom, ich setzte die D-Mark um, die mir die Oma mitgegeben hatte. Begrüßungsgeld bekam ich ohne Personalausweis natürlich nicht. Viel gab es jenseits der Werra im benachbarten Philippsthal nicht zu sehen. Trotzdem war meine Euphorie groß, denn ich war im Westen gewesen.

Als wenn nichts gewesen wäre, fuhr ich am Sonntagabend zurück in die Weißenfelder Kaserne. Am Morgen erzählte ich einigen Kumpels stolz: „Leute, ich war am Wochenende im Westen.“ Dann ging der normale Dienst los und wir wurden alle in einem Versammlungsraum gerufen. Dort folgte eine Belehrung, dass es weiterhin streng verboten sei, als Armeeangehöriger in den Westen zu reisen. Wenn man das trotzdem mache, dann sei das versuchte Fahnenflucht, auf die Gefängnisstrafe im Militärknast in Schwedt stehe. Meine Entscheidung: Erstmal niemanden mehr von meinem Abenteuer erzählen, denn man wusste in diesen Tagen nicht, was am nächsten Tag passiert.

Einen Tag später wurden wir zum Appell gerufen. Das ganze Bataillon – zumindest die, die noch da waren – trat an und der Kommandeur hatte einen neuen Befehl zu verlesen. Dieser regelte, unter welchen Voraussetzungen wir

in den Westen reisen durften. Nach dem Verlesen des Befehls faltete er den Zettel und brüllte dann in freier Rede über den Appellplatz: „Aber das Hören von Feindsendern bleibt weiter verboten!“ Er hat das wirklich ernst gemeint, denn der Befehl war schließlich nicht aufgehoben worden. Die allermeisten angetretenen Soldaten, selbst viele Offiziere lachten laut los. Für mich war klar: Mit der DDR ist es wohl endgültig vorbei.

Als ich zehn Tage danach wieder in die Rhön kam, war auch der Kontrollposten an der Einfahrt zum Grenzgebiet verschwunden und meinen Personalausweis konnte ich mir bei der Volkspolizei abholen.

Am vierten Adventswochenende des Jahres 1989 wurde die Grenze in Höhe meines Heimatortes, an der „Heißesten Stelle des Kalten Krieges“, geöffnet. OP Alpha ist nur wenige hundert Meter entfernt. Die Panzeraufklärer der US-Army sind immer noch auf Posten. Die Menschen aus Thüringen und Hessen liegen sich glücklich in den Armen. Schade, dass mein Großvater nicht mehr dabei war.